

Kaisers Märchen

Nach einem Bericht der Chemnitzer Allgemeinen Zeitung vom 13. Juni 1923 hat sich der Vorsitzende der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei, Herr Abg. Dr. Kaiser, in einer Wahlkreisvertretertagung zu Widaau eingehend über die Lage in Sachsen ausgesprochen und dabei Ausführungen gemacht, die nicht unwiderprochen bleiben dürften. Er hat u. a. behauptet, daß sich die politischen Verhältnisse „mit der Bildung der Regierung Zeigner zu den schlimmsten in ganz Deutschland entwickelt hätten“. Die Regierung verkenne nicht, daß die wirtschaftliche Lage in Sachsen, die große Erwerbslosigkeit und die dadurch verursachten Ersesse eine erhebliche Notwendigkeit erzeugt haben. Es müßte aber jedem verantwortlichen Politiker klar sein, daß alle diese Dinge Folgeerscheinungen der Besetzung des Ruhrgebietes und unfreier Währungslehens sind.

Es ist unklar, wenn behauptet wird, daß die Regierungserklärung außenpolitischen Schaden angerichtet habe. Die Einsichtslosigkeit des Reiches wird mehr und mehr auch in den bürgerlichen Parteien als unerträglich erkannt. Sofern Herr Dr. Kaiser es noch nicht wissen sollte, mag er sich bei seinen Parteifreunden im Westen erkundigen, wie diese insbesondere über die Frage denken, ob es nicht zweckmäßiger gewesen wäre, den Schritt, der schließlich am 8. Juni durch das Memorandum der Reichsregierung erfolgte, schon Ende Februar oder Anfang März zu unternehmen. Damals befanden wir uns auf dem Höhepunkt unserer Widerstandskraft und die Verhandlungen hätten in jener Zeit nicht unter dem innerpolitischen Druck gestanden, unter dem sie jetzt erfolgen müssen. Weite Kreise im deutschen Bürgertum betreiben aber auch heute noch jene Vogel-Strauß-Politik, die sie im Sommer 1917 betrieben haben. Ist dann das Unheil da, werden sie genau wieder, wie im November 1918, vorwurfsvoll fragen, warum die verantwortlichen Stellen der Reichsregierung nicht reinen Wein eingeschenkt haben. Man will die Wahrheit nicht hören! Geradezu sinnlos ist die Behauptung, die Amnestievorlage sei eine offenkundige Auflehnung gegen das Reichsstrafgesetzbuch. Wenn das der Fall wäre, würde das Reich zweifellos Einspruch erhoben haben. Das ist nicht der Fall. Ebenso sinnlos ist die Behauptung, Sanktionen eröffne den „Kampf gegen den Bundesstaat Bayern“.

Die Notwendigkeit, die Aufhebung der bayerischen Volksgerichte zur politischen Diskussion zu stellen, wird nicht nur von der gesamten politischen Linken, sondern bis tief hinein in die Reihen der Deutschen Volkspartei anerkannt. Ebenso ist jeder, der noch Sinn hat für die Notwendigkeit der Einheit des Reiches, davon überzeugt, daß die Bildung eines besonderen sächsischen Senats beim Staatsgerichtshof ein für die Reichseinheit durchaus unzutraglicher Schritt war, und die völkerverfeindliche Presse hat aus diesem Grunde seinerzeit das Verlangen Bayerns entschieden abgelehnt. Nicht minder unbegreiflich ist es, wie Herr Dr. Kaiser angesichts der opfervollen Tätigkeit der Arbeiter-Hundertkämpfer bei der Bekämpfung der Unruhen in Dresden, Bauen und Leipzig davon spricht, es bestehe die Gefahr, daß sich aus diesen Hundertkämpfern eine rote Armee entwickle. Die Hundertkämpfer haben sich demüht, durch gütliches Zureden Ruhe und Ordnung zu sichern. Sie weisen selbst mit aller Entschiedenheit den Gedanken einer militärischen Spielerei von sich ab. Alles in allem: mehr Verantwortlichkeit, Herr Dr. Kaiser!

Sachsen

Ein freiböser Schulstreit

Ans wird geschrieben: Der Streit, der in den Schulen von acht Orten des Bittauer Bezirks ausgebrochen ist, gibt einem Teil der Presse Anlaß zu heftigen Angriffen auf das Kultusministerium und den Minister. Besonders das sächsische Zentrumblatt hat sich dabei heftig geäußert. Was zur Sache vom Standpunkt der Regierung aus zu sagen ist, wird ausführlich im Landtag ausgeführt werden. Den durch diese Freilassungen offenbar irreführenden und aufgestrichelten Eltern der „freiböser“ Schullinder sei hiermit nur kurz gesagt, daß es falsch ist, wenn man ihnen vorredet, die Gebetsverordnung sei „verfallungsbeding“, deshalb könnten sie nicht bestraft werden. Und es ist durchaus irreführend, wenn ihnen weiter jeden Tag von den Säulernen des Streits erzählt wird, das Ministerium habe einen „Vorstoß“ gegen die Lausitzer Katholiken unternommen, der Streit sei von ihm „am Saum g. brochen“. Das Umgekehrte ist richtig. Denn die fragliche Verordnung besteht, und zwar schon seit November 1922 zu recht, mit legalen Mitteln ist sie

nicht angefochten. Der Schulstreit aber ist ungeschlicht! Die Streikführer kämpfen mit diesem unklaren Mittel nicht nur gegen die Gebetsverordnung — das ist mehr Vorwand —, sie wollen vielmehr die konfessionelle Schule wieder errichten, die seit Publikation des Übergangsschulgesetzes in Sachsen nicht mehr besteht, ausgenommen die wenigen Schulen, denen aus besonderen Gründen durch besonderen Vertrag die Erhaltung der Konfessionalität bis zum Inkrafttreten eines Reichsgesetzes nach Artikel 148, 2, der Reichsverfassung zugesprochen wurde. Ein Nachgeben der Regierung im Sinne der Streikenden und ihrer Hintermänner hieße einen wichtigen Grundpfeiler der sächsischen Schulpolitik preisgeben. Gegen Überstellungen, wie sie im Schulstreit vorliegen, muß mit der gebotenen Energie durch Bestrafungen vorgegangen werden, wenn Belästigungen und gütliches Zureden nichts nützen.

Kraus Erzählungen

Der Herr Kraus, der bekanntlich hier in Dresden eine höchst verbätigte Rolle spielte, sendet Berliner Wäutern, so dem Berliner Lokalanzeiger und der Deutschen Zeitung eine Darstellung, in der er allerdings Bescheiden erläutert, so, daß ihm seit langem bekannt sei, eine Abordnung von Volkswählern aus Kurland sei nach Deutschland über die Adrechen unterwegs. Am 28. Mai habe er die Nachricht erhalten, daß diese Abordnung in Dresden eingetroffen sei. Er erzählt dann noch aherhand über die Dresdner Vorgänge. Welcher Wert Kraus Erzählungen bezulegen ist, geht daraus hervor, daß er behauptet, der Oberbürgermeister Merz hätte ihn im Dresdner Volkstheater mit einem Zweisitzer geschickt, empfangen. Natürlich hat Merz, der unter Partei anachört, keinen Zweisitzer getragen, sondern nur das bekannte Abzeichen unter Partei. Die Herren Deputationalen sind natürlich prompt auf Herrn Kraus herein gefallen und haben seine Erzählungen zum Anlaß zu einer Anfrage an den Ministerpräsidenten genommen, der sich zu den „sensationalen Feststellungen“ Kraus äußern soll.

Schul- und Steuerfragen

Der Rechtsausschuß schloß in der letzten Sitzung des Landtags ein Gesuch der sächsischen Schuldirektoren ab, die bei einem Wechsel ihres Wirkungsortes die Direktorenzulage weiter bestehen wollen. Das Gesuch des Leipziger Berufsschulvereins, die maßlosten Stunden an der Fortbildungsschule in die Pflichtstunden einzurechnen, wurde gegen unsere Stimmen der Regierung zur Verächtlichung überwiesen. Unser Gewissen bekennt mit Recht, daß dieser Beschluß eine Veränderung des Schulbedarfs herbeiführt, die zur Folge haben müßte und in seiner Wirkung eine Verächtlichung der Volksschule und in weiterer Linie sogar eine schwere Verächtlichung der kleinen Schulbezirke zugunsten der Großstädte bedeute. Ein Antrag der Kommunisten, der eine Erhöhung des Steuerbetrags über den Abzug des Zehntels vom Lohne bezweckt, wurde abgelehnt. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei behaupteten in der Aussprache, die Industrie besitze in der Hauptsache die 10 Prozent. Die eigentlichen Bescheidigten seien die Rentner und die Besitzer von festen Geldpapieren. Die Regierung wies aber an der Hand von Zahlen nach, daß der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger an den Steueransätzen ständig wachse. Im April 1923 sind von 277 Millionen Mark allein 210 Millionen Mark durch Lohnabzug aufgebracht worden. Die übrigen 68 Millionen Mark rühren von den anderen Steuerzahlern her. Die Regierung dränge daher auf eine Veränderung der Steuerzahlung hin.

Angenommen wurde ein Antrag, der von der Reichsregierung verlangt, daß sie die Unternehmer verpflichte, der Kontrolle der Betriebsräte über die schnelle Ablieferung der abgegangenen Steuerzettel keine Schwierigkeiten zu bereiten. Der Ausschuß nahm ferner nach kurzer Aussprache die Vorlage Nr. 49 an, die bei der Gewährung der Darlehensfreizins der Bundeskulturrentbank die Verächtlichung des Roggenpreises verlangt, und einen Antrag unserer Fraktion, der einen Ausbau und eine Vereinfachung der gesetzlichen Bestimmungen über den Bauarbeiterlohn fordert.

Neuordnung des Gebarmenwesens

Im Haushalts-Ausschuß A wurden eine größere Anzahl Statkapitel nach der Vorlage genehmigt. Bei den auf den Staatskassen ruhenden Jahresrenten wurden die geringfügigen Stiftungsinventuren, die in keinem Verhältnis zu den Verwaltungskosten ständen, demängelt. Bei Behandlung des Kap. 66, Medizinal- und Veterinärpolitik und Abklärung von Apothekenberechtigungsberechtigten wurde von sozialistischer Seite auf eine wichtige Gründung der Krankenkassen hingewiesen, die einen arbeitsfähigen Deinstellenvertrieb anbahnt und eine ausgiebige Entwicklung zur Verbilligung und besseren Organisation von Heilmitteln und Medikamenten nehmen müße, worin die Reichsparteien bereits die Gefahr einer Sozialisierung und Verstaatlichung des Heilmittelwesens witterten. Anschließ der Beschließen zu den Ruheständen unter Führung eines Gebarmen in Höhe von 2.990.000 M. wurden von der Regierung befristende Entlassungen über ein in Arbeit befindliches Gesetz über die Neuordnung des Gebarmenwesens abgelehnt, worin die unentgeltliche Geburtshilfe für Frauen in der Vermögenslage bis zur Grenze der Sozialversicherung sowie ein angemessenes Existenzminimum für die Gebarmen sicher gestellt werden soll. Trenden brachten die Kommunisten einen Antrag ein,

wonach allen, auch wenn beschäftigten Gebarmen das Einkommen der an staatlichen Frauenkliniken angestellten Gebarmen zu garantieren sei.

Eine freiwillige Unfallversicherung. Die Abgeordneten Dr. Gardt, Demhardt, Glühner und Koat haben im Landtag eine Gesetzesvorlage eingebracht, die die Errichtung einer freiwilligen Unfallversicherung bei der Brandversicherungskammer vorsieht.

Dresdner Chronik

Der Zusammenbruch der Konsumvereine

Mit Handzetteln und Blakaten, die obige Ueberschrift trugen, hatte die kommunistische Partei für Dienstag zu einer Versammlung der Konsumvereinsmitglieder nach den Annenjolen eingeladen. Die Tagesordnung lautete: Die systematische Verlöschung der Konsumvereine durch Umwälzung, Bankkredite, Wiederbeschaffungspreis und Nachtarbeit sowie das Verbot der Delegation von Mitgliedern zu Genossenschaftstagen. Referent war ein Herr Dr. Bittel aus Weiskensfeld. Die Versammlung, deren Teilnehmer nicht auf ihre Zugehörigkeit zur Genossenschaft kontrolliert wurden, war sehr stark besucht, und zwar war die vorher herausgestellte, weil ein Teil der Erwerbslosen die Versammlung besuchen wollte, um ihre furchtbare Notlage vor einem größeren Kreise zu schildern, da ihnen, wie ein Redner ausführte, jede andere Möglichkeit dazu fehle. Ein anderer Teil der Besucher war aus ehrlicher Besorgnis um die angebotene vor dem Zusammenbruch stehenden Konsumvereine gekommen. Aber auch mißgünstige Elemente aus Gänsekreisen, die wirklich das Ende der verbotenen Konsumvereine gekommen glaubten, fehlten nicht. Sie sind alle nicht auf ihre Rechnung gekommen. Der Referent brachte für alle die, die die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Schatzkassen in der Warenbeschaffung kennen, nichts Neues.

Ausgehend vom Weltkrieg schilderte der Redner die wirtschaftliche Entwicklung des gegenwärtigen, für Erwerbslose wie Arbeitende gleich unerträglichem Zustandes. Die Massen seien durch das Verhalten der Führer von der Tätigkeit der Parteien, der Gewerkschaften und auch der Genossenschaften schwer enttäuscht. Dagegen helfe nur ein intensives Arbeiten innerhalb dieser Organisationen. Die Genossenschaften sollten nicht wie ein kapitalistisches Unternehmen betrachtet werden. Deren ungeheure Bedeutung für den Befreiungskampf des Proletariats sei dem Referenten, besonders bei einem Aufenthalt in Rußland aufgegangen. Die Genossenschaften, und insbesondere die Konsumvereine, dürften ihre Aktivitäten nicht weiter spielen, sondern müßten aktiv in die wirtschaftlichen Kämpfe eingreifen. Gestig wendete sich der Redner gegen die von den Genossenschaftsführern propagierte Neutralität, ferner gegen die mit Zustimmung der S. P. D. und angeblich auch der Zentralinstanzen der Genossenschaften durchgeführte Besteuerung der Konsumvereine, insbesondere die Umsatzsteuer. Die Umsatzsteuer betrage nicht nur 2 Prozent, wie vielfach angenommen werde, sondern in der Praxis oft 20 bis 30 Prozent. Von den Konsumvereinen müßte die Umsatzsteuer restlos entrichtet werden, während nachweislich die privatkapitalistischen Händler und Gewerbetreibenden nur 35 Prozent der Umsatzsteuer abführen. Zum Schluß wandte sich der Referent gegen die starke Konsumvereine von Bankkrediten und wies darauf hin, daß das unter Umständen zur Abhängigkeit und zur vollständigen „Enttarnung“ der Konsumvereine führen könne. Die Mitglieder müßten natürlich in erster Linie durch Einschaltung der Geschäftsteile für das notwendige Betriebskapital sorgen. Dazu seien sie aber nicht imstande, und deshalb müßten der Staat und die Gemeinden gezwungen werden, den Konsumvereinen ungenügende Kredite einzuräumen. Man solle nicht nur immer bloß Selbsthilfe predigen, sondern auch den Mut aufbringen, den Kampf gegen das Steuerrecht und die Ausweitung der Bevölkerung aufzunehmen und auch nicht vor dem Mittel des Steuerstreiks zurückzucken. Für die Mitglieder gelte es aber, die Augen offen zu halten und die Genossenschaften im proletarisch-sozialistischen Sinne zu beeinflussen.

Als erster Debatteredner sprach der Geschäftsführer des Konsumvereins Vorwärts, Genosse Klepszig. Er führte ungefähr folgendes aus: Die Darstellung des Referenten sei nur zum Teil richtig. Der Steuerstreik könne bei den großen Mitteln des Staates nicht mit Erfolg geführt werden. Begründen müßte er die Stellung des Referenten, daß für die Genossenschaft kein Opfer zu groß sein dürfe. Auch im Konsumverein Vorwärts betrage der eingezahlte Geschäftsanteil pro Mitglied rund 8000 M. In dem Verein,

Die Familie Frank

Roman von Martin Andersen Rexö

Berechtigter Uebersetzung aus dem Dänischen von Hermann Nitz

Versöhnung — daß! Das bloße Wort verursachte ihr einen widerlichen Geschmack im Munde, und sie dachte mit Ekel an die alten Tage mit ihren Kissen und Tränen und ihrem Gegeier. Den Sohn haßte und bewunderte sie abwechselnd: aber selbst wenn sie am schlechtesten zu ihm war, erlag sie dem Wunsch, daß er sie gern haben sollte. Und ganz im Innern haßte sie sich ein auf Teil Glouben an ihn bewahrt — trotz seiner Schmeichelei.

Aber der Mann! Der Anblick seiner roten Nase genügte ihr, und der Geruch seines selbsterhöhten Atems konnte sie vor Wut außer sich bringen. Selbst die Sanftmut, mit der er seine Krügeel hinnahm, erfüllte sie mit Ekel, so daß sie ihm ins Gesicht spucken konnte und es manchmal auch tat.

Nicht der Mangel an Liebe oder häuslichem Frieden machte sie in diesem Augenblick schwach. Das bittere Bewußtsein der eigenen Schamhaftigkeit war schuld daran, der Gram darüber, daß sie trotz Wohlstandes, Fleißigkeit und Krügeel mit ihrem taubstummen Manne nicht fertig werden konnte, sondern obendrein den Samsaus besahen mußte. Jetzt sah er also in der Aneide und vertrat die Krone — die Krone, die sie mit eigenen Händen verdient, und mit der sie so bestimmt gerechnet hatte.

So ging es immer. Zahlreih hatte sie alle ihre Kräfte aufgegeben, um ihm jeden Ausweg zum Brantwein abzuschneiden. Aber in diesem Punkt waren seine Wände zu schlau, und er erkannte immer neue Kniffe, wenn sie den alten einen Kiesel vorkob.

Eine Feilungsausterte er Vorkühle für ihre Wäsche bis sie sich genügt sah, die Munden zu bitten, ihm nichts mehr anzuvertrauen, wodurch dieser Ausweg versperrt wurde. Dann verließ er darauf, Thorbold entgegenzugeben, wenn dieser die Wäsche abgeliefert hatte, und ihm einen Teil des Geldes abzunehmen, bevor er zu Hause anlangte.

Und der Bürste, der recht gelehrt war, hielt einen andern Teil des Geldes zurück, unter dem Vorwand, der Vater habe auch den genommen. Die Folge war, daß Madam

Frank zu all ihrer übrigen Arbeit auch noch ihre Wäsche selbst austragen mußte.

Ein langer, ausdauernder Kampf wurde in diesem Punkt zwischen ihnen geführt, ein Kampf, worin Madam Frank immer der angrifflere Teil war und ihn von Stellung zu Stellung trieb. Aber er war handhast. Weder Krügeel noch böse Worte machten Eindruck auf ihn, und zuletzt mußte sie ganz auf den Gedanken verzichten, es ihm abzugewöhnen, be'rufen nach Hause zu kommen. Dafür nahm sie all ihre Energie zusammen, um ihm jeden Ausweg abzuschneiden, sich Geld zu verschaffen.

Aber heute hatte sie eine Niederlage erlitten. Nicht allein, daß das Geld in die Aneide wanderte, stattdem Haushalt zugute zu kommen, wo man seiner so bedürftig bedürftig; sondern sie hatte sich auch an der Nase herumzuführen lassen von dem lanten, feigen, widerwärtigen Trunkenbold!

Die lange, hagere, knochige Madam Frank war nicht dazu geschaffen, die Hände lange in den Schoß zu legen und über die Zwecklosigkeit des weiteren Kampfes zu laufen. Sie gehörte zu denen, für die der Kampf selbst eine Notwendigkeit ist. In ihr loderte das Feuer, das keine Opfer immer wieder antreibt, von neuem den Versuch zu machen, sich von jeder Niederlage gehärtet zu erheben und zuletzt stehend zu sterben, ein „Es lebe der ewige Streit!“ auf den Lippen.

Auch heute nahm ihre Verzweiflung ein läches Ende, da sie mitten in ihrem Schmarben so schmerzhaft begann und dann in die Küche läuft, um nachzusehen, ob die Wäsche nicht abbrannt.

Sie prüfte sich die Nase, wuschte die Augen mit ihrem nassen Unterrock ab und war nun wieder eitel Empfindung, warf noch ein paar Krügeel unter einen Kuchentopf, damit es langsamer kochen sollte, ließ sich Feld und holte eine Schürze voll getrockneter Mühloden zum Feuern, drehte im Vorbeigehen andre um, damit sie auch auf dieser Seite trocken werden konnten, verfluchte, während sie hin und her fuhr, einen Krügen mit Schmalz und einen Salzberg und schleppte dann den schweren Korb Wollwäsche fort.

Draußen traf sie die Mutter Jantzen, die in ihrem eigenen Feld die Straße entlang gekommen kam. Mutter Jantzen blieb stehen, wuschte den Schweiß von ihrer glühend-roten Fleischmaske und sagte gutmütig-bedaurend:

„Sie tadern sich zu Tode ab, arme Madam Frank.“ „Dazu ist unersetzlich wohl genügt, weil man keine Wäsche hat, die einen versorgen können,“ erwiderte Madam Frank, und eilte weiter.

Mutter Jantzen aß in diesem Augenblick einer autmütigen, für Weihnachten gemieteten Ente, die an einem Was ruft und plötzlich entdeckt, daß es quacksüchtig ist. Sie setzte sich vor Schreck förmlich auf den Schwanz und starre der astigen Madam gelähmt nach.

Dann sammelte sie mit ungeheurer Kraftanstrengung ihr Fett, strich mit gekrümmtem Zeigefinger den Schwanz zusammen, der in den Krallhooren um ihr Doppelkinn herum einen Tropfenbesatz gebildet hatte, und klopfte ihn gegen das Pflaster ab. Und dann Schwamm sie wieder langsam weiter, einen entsetzten Ausdruck in ihren trauerigen Vorhängen und ein Gefühl von Bahmheit in dem Fettgewebe und den Muskeln, als hätte sie einen elektrischen Strom berührt.

Die giftige Rede spielte darauf hin, daß Mutter Jantzen im Winter Schancen für heimkehrende Seeleute veranstaltete, unter dem trefflichen Beistand ihrer beiden Töchter Olivia und Susanne.

Madam Frank schleppte inzwischen ihren Korb Wollwäsche weiter. Nicht bei dem Hause des Kaufmanns lagen kleine Kohlen, die irgendein Wogen verloren hatte; sie stieß sie mit dem Fuß in ein Brenneisenbehälter hinein, um sie auf dem Rückweg aufzusammeln, warf einen schweren Bid in Evertens Kellertreue hinunter und bog in den Torweg des Kaufmanns ein.

Oben an der Rolle waren Leute, und sie mußte sich ein wenig setzen, um zu verschauen.

Aber obwohl ihr von dem kühnen Korb die Arme wehtaten, konnte sie die Untätigkeit doch nicht lange aushalten. Sie fing an, sich mit den beiden Dienstmädchen des Kaufmanns herumzuanfen, weil sie faulsten und. Statt ihre Arbeit zu verrichten, mit einem Knecht kokettierten, der drinnen auf dem Speicher damit beschäftigt war, Sonnenföner zu lüften.

Und was war das für ein Durcheinander! Komak Wausen war's, ein verheirateter Mann, der in jedem Winkel ein uneheliches Kind hatte.

(Fortsetzung folgt)

Seite 4
e
ger
unt
raße 14
7. 20. 2
Musik
7. 18. 19. 2
teilung
bahn.
schlechte
anständig
Spielball
hellebe
ALL
1621
gen.
h
den
re
ge
1608
10.
er
er
H.
16204
er